

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 31 (1990)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Der Haupttrend für morgen  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092945>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Der Haupttrend für morgen

Der epochale Wandel im ehemaligen Sowjetlager ist durch eine Krisenlage veranlasst worden, die praktisch einen Zwang zu Reformen bedeutete (siehe letzte Nummer). Diese sind von Moskau aus tatsächlich eingeleitet worden und haben zu einem Aufbruch geführt, der insbesondere in den früheren Satellitenstaaten seine Eigendynamik gefunden hat. Bedeutet das, dass die Erneuerungsbewegung entweder ins Chaos mündet oder eine restaurative Reaktion provoziert? Nein, diese Alternative ist nicht zwangsläufig. Um ihr zu entgehen, braucht Moskau freilich eine Führung, die handlungsfähig und wandlungswillig bleibt.

Die sowjetische Reformbewegung hat die ungarische Reform abgesichert und zugleich den polnischen Kompromiss ermöglicht. Man könnte sich fragen, ob dadurch nicht einfach nur Realitäten anerkannt worden sind, die zu ändern nicht mehr in der Macht Moskaus lag. Das letzte Jahr hat jedoch gezeigt, dass die sowjetische Führung subtil, aber dennoch eindeutig, darauf hingewirkt hat, dass die noch zögernden Regime entweder ebenfalls einen Reformkurs einschlagen

oder einer Erneuerungsbewegung Platz machen. Tatsächlich hat Moskau den Wandel gefördert, ohne ihm im vornherein Grenzen zu setzen.

### Überholung gestattet

Dieser Einfluss wurde zuerst in Bulgarien sichtbar. Das ist Folge verwandter historischer Abläufe. Aber auch gegenüber der DDR Honeckers, der ČSSR von Jakes und dem Rumänien Ceausescu hatte Moskau klare Signale gesetzt, sei es während Gorbatschows Besuche in Ostberlin und Bukarest oder mit den raschen und positiven Reaktionen auf die Regimewechsel von Schiwkoff zu Mladenoff, von Honecker zu Krenz, und von Husak zu Havel, schliesslich mit dem erstaunlich grosszügigen Hilfsangebot für das von Ceausescu befreite Rumänien.

Auf diese Weise hat Moskau die Reformkräfte in allen diesen Ländern ermutigt und auf die Dogmatiker einen wachsenden Druck ausgeübt, dem sie schliesslich weichen mussten. Die Sowjetunion hat ihnen den Boden unter den Füßen weggezogen:

Wohin sollten sie sich noch um Hilfe wenden, wo konnten sie noch Zuflucht finden? Zuvor durften bedrängte Dogmatiker auf die sowjetische Unterstützung zählen, so in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der ČSSR 1968 und wiederholt auch in Polen. Zuvor konnten gefährdete Exponenten schlimmstenfalls auf ein sicheres Gnadenbrot in der Sowjetunion zählen, so der ungarische Stalinist Matyas Rakosi, als er 1955 dem Reformpolitiker Imre Nagy weichen musste.

Der Kontrast zu heute könnte kaum grösser sein. Die Unterstützung der reformfreundlichen Kreise in den ehemaligen Satellitenstaaten unterstreicht die Tatsache, dass Moskau glaubwürdig eine Demokratisierung anpeilt.

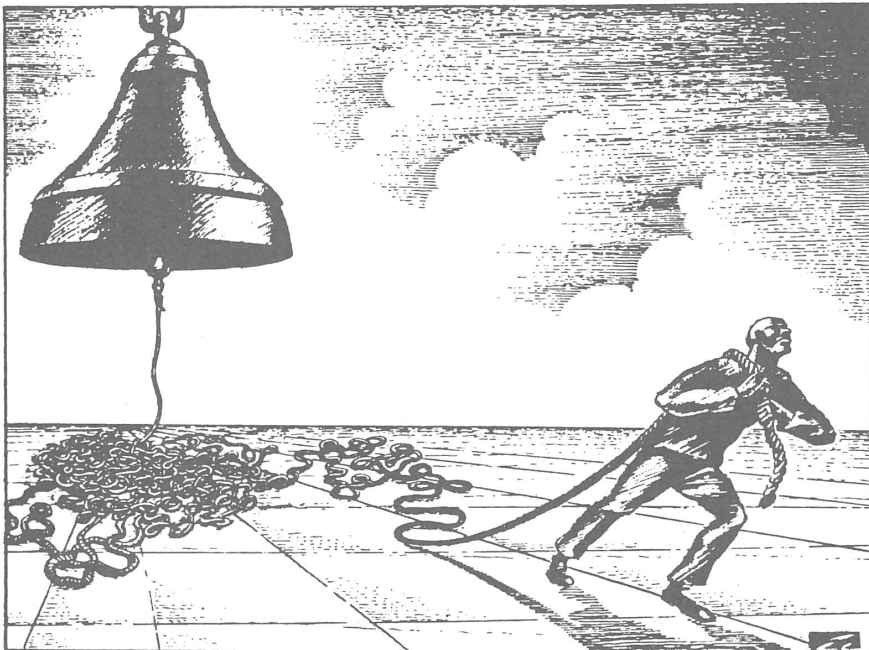
### Reformen von oben und Wandel von unten

Trotz der vordergründigen Parallelität der Entwicklung in den Ländern des ehemaligen Ostblocks dürfen wesentliche Unterschiede nicht ignoriert werden. Der Differenzierungsbedarf ist sehr gross, kann hier aber nicht befriedigt werden. Eine grobe Unterscheidung, die zugleich freilich die wichtigste ist, muss im Rahmen dieses Aufsatzes ausreichen.

Es ist, wie bereits angetönt, kein Zufall, dass in Ungarn, Polen, der DDR, der ČSSR und Rumänien der Reformkurs vom Volk gefordert worden ist, derweil in der Sowjetunion und in Bulgarien Regierung und kommunistische Partei Träger der Erneuerungsbewegung sind. Die Völker dieser beiden Länder sind seit Karl dem Grossen und bis zur Aufklärung von der westeuropäischen geistesgeschichtlichen Entwicklung weitgehend abgeschottet geblieben. Ein demokratisches Normverhalten, demgemäss das Individuum Rechte einfordert, aber auch Pflichten erfüllt und Mitverantwortung trägt, konnte sich mithin bis in die neuere Zeit nur rudimentär entwickeln.

### UdSSR: Das Aufbegehren der Völker...

Wir unterscheiden daher wenigstens die zwei Gruppen sozialistischer Länder nach der Frage, ob Reformen von oben gewährt oder von unten verlangt werden, wobei in der Realität die Mischformen vorherrschen.



8 Er zieht an der Freiheitsglocke, aber bis sie läutet, braucht es halt noch Zeit. (Karikatur aus «Ogonjok», Moskau, Nr. 14/1989)



Die gesetzten Figuren wollen selber spielen. («Energija», Moskau, Nr. 11/1989)

Dominant sowohl in der ersten Gruppe als auch im osteuropäischen, sozialistischen Bereich überhaupt ist natürlich die Sowjetunion. Deren Reformbewegung steht vor zwei ganz grossen Schwierigkeiten: dem Nationalitätenproblem einerseits und der verschlechterten Wirtschaftslage andererseits.

Bezüglich des Nationalitätenproblems hat die Demokratisierung nicht nur starke zentrifugale Kräfte freigesetzt wie im Baltikum, in der Moldau, in der Ukraine und in Georgien, sondern auch Polarisierungen ermöglicht wie jene zwischen Aseri (Aserbaidschanern im ethnischen Sinn) und Armeniern. Tatsächlich halten die sowjetischen Annexionen einer völkerrechtlichen Prüfung nicht stand, weshalb sezessionistische Tendenzen historisch erklärlich, politisch verständlich und moralisch gerechtfertigt sind.

Bei aller Sympathie, die man derartigen Bewegungen entgegenbringen soll und darf, müssen indessen deren Führer doch vor allem ihren Einsatz nach den Erfolgsaussichten richten. Das bedeutet, an einer Illustration dargestellt, folgendes: Wenn etwa Litauen mit dem Hinweis auf die völkerrechtswidrige Annexion der baltischen Republiken im Jahre 1940 aus der Union ausscheiden könnte, so würden damit im Rahmen einer unvermeidlichen Kettenreaktion eine Reihe sehr heikler Fragen aktualisiert, so zum Beispiel das Sezessionsrecht von Lettland, Estland, der Ukraine und Georgien, das Recht der Moldau auf Anschluss an Rumänien, die Rückgabe kurlischer Inseln an Japan, der Anspruch Polens auf die 1945 verlorenen Ostgebiete.

Es ist einsichtig, dass die sowjetische Reformbewegung am Ende wäre, wenn all diese Fragen in rascher Folge aufgerollt und darüber entschieden werden müsste. Und es wird zu begreifen sein, wenn sich Moskau zur Rettung des Reformkurses gezwungen sähe, gegen sezessionistische Tendenzen schlimmstenfalls militärisch einzuschreiten, zumal eine dereinst erfolgreiche Reformbewegung – zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt – solche Sezessionen ermöglichen wird.

Im Falle eines Misserfolges der Reformbewegung und ihrer Ablösung durch eine dogmatische Ordnung hätten die sezessionsfreudigen Nationalitäten den höchsten Preis zu bezahlen und mit der stärksten Repression zu rechnen. Daher dürfen wir darauf hoffen, dass die Führer der Nationalitäten im entscheidenden Augenblick sich der Notwendigkeit eines pragmatischen Kompromisses nicht verschliessen werden. Ob sich auch die betroffenen Völker dieser Einsicht öffnen werden, bleibt allerdings noch unsicher.

Längerfristig gesehen wird natürlich eine Entflechtung des sowjetischen Imperiums unvermeidlich sein. Tragbar wird ein solcher Vorgang jedoch erst, wenn die Reformkreise gewichtige wirtschaftliche Erfolge aufweisen können.

Damit ist das zweite grosse Hindernis ins Visier genommen, das der Reformbewegung den Weg verstellt.

### ... und die Angewöhnung an die Kommandowirtschaft

Im Grunde wäre zu erwarten gewesen, dass grosse Teile der sowjetischen Bevölkerung

recht rasch auf die politischen Lockerungen und wirtschaftlichen Reformen ansprechen und mit dynamischem Arbeitseinsatz die gebotene Chance wahrnehmen würden. Indes fehlt nach 500 Jahren Autokratie und 70 Jahren totalitärer Herrschaft nicht nur das demokratische, sondern auch das marktwirtschaftliche Normverhalten gemäss dem wirtschaftlichen Prinzip, wonach die bessere Leistung höher entlohnt, bei gleicher Qualität das billigere Produkt vorgezogen und letztlich die Produktion durch die Nachfrage bestimmt wird. So wird die Frage aufgeworfen, wann wirtschaftliche Reformen in der Sowjetunion überhaupt greifen können.

Hier ist auf einen Umstand zu weisen, der die besonderen Verhältnisse in der Sowjetunion erhellt. Autokratie und Diktatur haben, wie gesagt, die Entwicklung von demokratischem und marktwirtschaftlichem Normverhalten gehemmt, wenn nicht gar verunmöglicht. Das breite Volk hat sich an die Passivität gewöhnt und lethargisch hinzunehmen gelernt, dass alle Lösungen von oben vorgeschrieben und diktiert wurden. Was ungeliebte Generalsekretäre mit schlechten Rezepten praktiziert haben, wird um so mehr von einem reformfreudigen Präsidenten erwartet, nämlich dass er seine besseren Lösungen ebenfalls diktiert.

Just das muss sich Michail Gorbatschow aber versagen, wenn er die Demokratisierung tatsächlich anpeilt. In diesem Fall muss er darauf abzielen, dass immer breitere Kreise des Volkes die Bereitschaft bekunden, am Aufbau mitzuwirken und für das Geschehen Mitverantwortung zu übernehmen. Dazu muss und kann er aufrufen, und er tut es auch. Aber dadurch werden nur kleine Minderheiten besonders pflichtbewusster Kreise angesprochen und motiviert. Das bleibt unbehelflich, weil die Reformen

## Unsere periodische Zeitbild-Rubrik

### Reformen in der Sowjetunion

Zeitabschnitt	Anteil der fortschrittlichen Reformen	
	Anteil der fortschrittlichen Reformen	Anteil der Rückschritte
	am Total der Reformen	
im Monat Januar allein	87,5 %	12,5 %
seit Beginn der Analyse	78 %	22 %

– Obwohl der prozentuale Anteil fortschrittlicher Massnahmen am Januar-Total weiterhin leicht gestiegen ist, bleibt sich das Gesamtverhältnis der Fortschritte zu den Rückschritten praktisch gleich (Differenz  $\pm 0,5\%$ ).

– Absolut gesehen, haben sowohl die fortschrittlichen Liberalisierungsmassnahmen wie die Rückschritte auf dem Gebiet der Rationalisierung gegenüber dem Vormonat ziemlich zugenommen: erstere bei den Machtstrukturen, zum Beispiel durch Duldung von Anzeichen für Fraktionsbildung im Rahmen der KPdSU, letztere auf innenwirtschaftlichem Gebiet, zum Beispiel indem ein wachsender Anteil von Betriebsgewinnen wieder für staatliche Fonds abgezweigt wird – was die Schwierigkeiten eines wirtschaftlichen Umbaus verdeutlicht.

– Die Nationalitätenfrage hat sich in letzter Zeit so kompliziert gestaltet, dass man zum heutigen Zeitpunkt über eine Bewegung in Richtung Reformen keine eindeutige Aussage machen kann.

Zusammenstellung: Harald de Courten

nur mit breiter Unterstützung erfolgreich sein werden. Diese Unterstützung mit allenfalls harten Massnahmen zu erzwingen geht nicht an, weil das ein unlösbarer Widerspruch in sich selbst wäre: Demokratie lässt sich nicht diktieren, sondern nur in einem längeren Prozess anerkennen.

### Von der Diktatur zum Sachzwang

Aus diesem Hexenkreis gibt es lediglich einen Ausweg, nämlich dass anstelle des Zwanges durch den Diktator der Zwang durch die Umstände tritt.

Eine offensichtliche Notlage wird nicht nur die Bereitschaft der Bevölkerung erhöhen, radikale Massnahmen anzunehmen, sondern auch bewirken, dass die Bevölkerung solche Massnahmen zu fordern beginnt. Damit wäre der erste und entscheidende Schritt getan, dass breite Volkskreise auch Mitverantwortung übernehmen. Es geht also nicht nur darum, dass die Bevölkerung radikale Strukturänderungen akzeptiert, sondern sie sogar postuliert. Das war gemeint mit der beiläufigen Bemerkung, dass sich das Problem der Akzeptanz einer sich öffnenden Gesellschaft auf eine eigentümliche Art stellt.

Mit diesen Hinweisen soll erstens erklärt sein, warum in dieser besonderen Lage radikale wirtschaftliche Sanierungsmassnahmen nicht erlassen werden dürfen, bevor sie gefordert werden. Zweitens sollte einsichtig werden, dass die Verschlechterung der

## ZITIERT

Bis 1988 gab es bei uns keine Gesellschaft der Staatsbürger. Wir hatten keine Volksfronten, keine selbständigen Bewegungen, keine Wählerinitiativgruppen und keine Streikkomitees, aus denen in Zukunft echte Gewerkschaften werden könnten. M. S. Gorbatschow und seine Equipe waren den geknechteten Menschen im erstarrten Land weit vorausgeeilt.

Aber seither hat das Land die Parteiinitiativen der Perestrojka immer deutlicher überholt, sei es in fortschrittlichen Schichten, die sich unionsweit gefestigt haben, sei es in territorialen Regionen, die vorangekommen sind. Das war unvermeidlich. Nachdem das Volk aufgewacht war, wie es Gorbatschow selbst ja immer wieder gefordert hatte, konnte es sich nicht länger damit begnügen, die Perestrojka bloss zu «unterstützen», von unten her.

*Leonid Batkin, Dozent für Geschichtsphilosophie, in seinem Aufsatz «Wird die Partei die Macht behalten?», «Wjatschernaja Moskwa», Moskau, 1. 9. 1989.*

sowjetischen Wirtschaftslage durchaus kein Argument gegen die Reformbewegung abgibt oder ihren Misserfolg ankündigt, wie wachsende Kreise in Ost- und Westeuropa befürchten. Und drittens sollte verständlich werden, dass die sowjetischen Reformträger nicht durch Subventionen von aussen her gestützt und gestärkt werden können.

Mit diesen Hinweisen ist ebenfalls angedeutet, dass namentlich der Sowjetunion ein sehr langer Reformweg bevorsteht, ein Weg, der von Fortschritten und Rückschritten charakterisiert sein wird und dem zeitweilige Rückschläge nicht fremd bleiben werden. Sollten diese sich häufen, sollte ein wirtschaftliches Chaos nicht vermieden werden können, dann wäre eine Art Militärdiktatur nicht auszuschliessen. Es würde sich voraussichtlich um eine ideologiefreie Diktatur mit ausschliesslich nationalen Zielsetzungen handeln, um insbesondere die Strukturveränderungen unter Kontrolle zu halten. Es wäre dies in der bisherigen Terminologie eine rechtsgerichtete, nicht eigentlich totalitäre Diktatur, die erfahrungsgemäss sehr viel leichter zu überwinden ist als die linksextremen und totalitären Diktaturen es bis anhin gewesen sind.

Soviel zu den beiden Ländern, in denen der Reformkurs von oben her eingeleitet worden ist.

### Der Aufbruch zur Demokratie anderswo

In allen andern Ländern, dem eigentlichen Mitteleuropa, sind die Reformen von breiten Volkskreisen gefordert worden. Das sind nicht zufällig die Länder, die im Strom jener historischen Entwicklung mitgegangen sind, die nach dem Zweiten Weltkrieg allein von Westeuropa fortgesetzt worden ist, Länder also, in deren Geschichte Renaissance und Aufklärung Eingang gefunden haben mit dem Ergebnis, dass demokratisches und marktwirtschaftliches Normverhalten nicht gänzlich ausgemerzt wurde, wo also die Reformbewegung an feste Traditionen aus nicht allzu ferner Vergangenheit anknüpfen kann.

In diesen Ländern ist die Leidensfähigkeit der Bevölkerung erheblich geringer als in Bulgarien und vor allem in der Sowjetunion. Die Wirtschaftskrise zeigt sehr viel negativere Folgen. Andererseits besteht eine höhere Bereitschaft, Mitverantwortung zu übernehmen und die Arbeitsproduktivität anzuhoben. Gleichzeitig steigt die Erwartung auf rasche und beträchtliche Besserung schneller an als in der Sowjetunion, was in der Folge zu Enttäuschungen führen könnte. Der Sozialkörper dieser Länder reagiert sensibler und ist damit auch verwundbarer und anfälliger auf Rückschläge. Falls akute Krisenlagen wie drohende Hungersnöte überbrückt werden können, dürften diese Länder jedoch innerhalb verhältnismässig kurzer Zeit beträchtliche Fortschritte auf dem Reformweg erzielen und sich den westeuropäischen Verhältnissen angleichen.

Für alle bisher sozialistischen Länder Europas, die den Weg der Reformen eingeschlagen haben, ist die Rückkehr zu totalitären Ordnungen und der Rückfall in dogmatische, besonders stalinistische Richtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit auszuschliessen.

Das abschreckende chinesische Beispiel kann nicht einfach auf Europa übertragen werden. Dagegen sprechen die völlig andersartigen Traditionen. Zudem hat es sich erwiesen, dass Reformen hier wie dort scheiterten, wenn sie nur die wirtschaftliche Ebene betrafen. Chruschtschew und Kossygin haben keine politischen Reformen ins Auge gefasst und kamen zu keinem Erfolg. Deng Xiaoping hat ebenfalls politische Reformen beiseite gelassen. Das hat zum Aufstand geführt, der dann am 4. Juni 1989 blutig unterdrückt worden ist. Versuche, diese Methode in Osteuropa nachzuahmen, sind nicht unterblieben: Von der jeweiligen Geheimpolizei ist vom 3. bis 8. Oktober in Leipzig und anderswo in der DDR, am 17. November auf dem Prager Wenzelsplatz und kurz vor Weihnachten in Triesvar und Bukarest gegen ausnahmslos friedliche Demonstranten ausserordentlich brutal vorgegangen worden. Aber die jeweilige Armee hat im Unterschied zu China in allen Fällen Zurückhaltung geübt und sich in Rumänien sogar auf die Seite des Volkes gestellt. Im übrigen ist anzunehmen, dass selbst die heutige chinesische Führung in ein, zwei Jahren gezwungen sein wird, wiederum den Weg der Reformen einzuschlagen.

### Wie lange können überlebte Systeme überleben?

Denn der Sozialismus als angebliche Diktatur des Proletariates und als zentralgeleitete Verwaltungswirtschaft hat Bankrott erlitten und wird sich von diesem Schlag nie mehr ganz erholen können. Das Bekenntnis zu dieser Form des Sozialismus – wie übrigens auch zum Nationalsozialismus – wird künftig Randgruppen der Gesellschaft und politischen Sekten vorbehalten bleiben und ein untrügliches Anzeichen geistiger Regression darstellen. Es werden immerhin einige Jahre vergehen, bis die politische Wende im Osten eine geistige Wende im Westen bewirken wird.

**Die Prognose für die reformbereiten, ex-sozialistischen Länder ist mithin recht positiv. Im dritten Teil sei abschliessend die Frage behandelt, welche Haltung Westeuropa zur Entwicklung in Osteuropa einnehmen sollte.** ■